

Italien

Alexander Grasse/Jan Labitzke

Das zurückliegende Jahr war in Italien geprägt von der anhaltenden Covid-19-Krise, ihren wirtschaftlichen und sozialen Effekten sowie den politischen Entwicklungen in ihrem Kontext. Insbesondere die Auflage des europäischen Aufbauplans NextGenerationEU (NGEU) und die Verwendung der dadurch verfügbaren Mittel prägten die europa- und innenpolitischen Debatten in Italien und führten zu einem erneuten Regierungswechsel.

Sozioökonomische Entwicklung

Im ersten Jahr der Covid-19-Pandemie erlebte Italien einen massiven Einbruch seiner Wirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Prozent und somit deutlich stärker als in der Eurozone (–6,5 Prozent). Damit lag das italienische BIP fast 10 Prozentpunkte unter dem des Jahres 2005 (Eurozone: +9,2 Prozent).¹ Für 2021 und 2022 geht die Europäische Kommission von einem Wachstum von 5 beziehungsweise 4,2 Prozent aus, was jedoch nicht ausreichen wird, um bis Ende 2022 Italiens Wirtschaftskraft wieder auf das Vorkrisen-Niveau zu heben.² Der große italienische Industriesektor scheint sich schneller zu erholen, die Industrieproduktion erreichte das Vorkrisen-Niveau bereits im April 2021.³ Die ohnehin prekäre Situation junger Menschen hat sich noch einmal zugespitzt. Die Beschäftigungsquote der 15- bis 34-Jährigen sank um 2,2 Prozent (bei den 20- bis 24-Jährigen um 4 Prozent), während der Rückgang über aller Altersklassen hinweg lediglich 0,8 Prozent betrug.⁴ Die Jugendarbeitslosigkeit stieg von 26,4 auf 29,3 Prozent.⁵ Neben der Arbeitslosenquote war auch ein deutlicher Anstieg der Armut zu verzeichnen. So lebten 2020 7,7 Prozent der italienischen Haushalte mit insgesamt 5,6 Mio. Personen (davon 1,3 Mio. Kinder) in absoluter Armut (2019: 6,4 Prozent), weitere 10,1 Prozent in relativer Armut.⁶ Das Problem beschränkt sich nicht mehr nur auf Süditalien, sondern hat auch den reichen Norden erfasst.

Wachsende Staatsverschuldung

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen zur Bekämpfung ihrer Folgen haben die italienische Staatsverschuldung 2020 auf 155,8 Prozent des BIP ansteigen lassen (2019: 134,6 Prozent). Die Nettoneuverschuldung belief sich auf 9,5 Prozent des BIP⁷, so hoch wie seit den 1980ern nicht mehr. Dieses Verschuldungsniveau erklärt das massive Interesse Italiens an europäischen Mitteln zur Überwindung der Pandemiefolgen. Allerdings führte die Schuldenentwicklung diesmal nicht zu einem Anstieg der Zinsen auf

1 Eurostat: GDP and main components (output, expenditure and income) [nama_10_gdp].

2 Europäische Kommission: European Economic Forecast, Winter 2021, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/economy_finance/forecasts/2021/winter/ecfin_forecast_winter_2021_it_en.pdf (letzter Zugriff: 16.7.2021).

3 Istat: Statistiche flash, Produzione industriale Aprile 2021, 10.6.2021.

4 Istat: Statistiche flash, Il mercato di lavoro, IV trimestre 2020, 12.3.2021.

5 Eurostat: Unemployment by sex and age – monthly data [une_rt_m].

6 Istat: Statistiche report, Absolute poverty growing again, 1.7.2021.

7 Eurostat: Government deficit/surplus, debt and associated data [gov_10dd_edpt1].

langfristige italienische Staatsanleihen. Hatten diese in der Eurozonenkrise noch bei über 7 Prozent gelegen, betrug sie 2020 im Durchschnitt lediglich 1,17 Prozent.⁸

Entwicklung der Covid-19-Pandemie

Bis Ende Juni 2021 wurden in Italien 4,26 Mio. Covid-19-Infektionen erfasst, auf die insgesamt 127 566 Todesfälle zurückgeführt werden. Es wurden 51,1 Mio. Impfdosen verabreicht, ein gutes Drittel der Bevölkerung hatte den vollen Impfschutz.⁹ Insgesamt wurden rund 7000 Infektionen pro 100 000 Einwohner registriert und damit deutlich mehr als in Deutschland (rund 4400), aber weniger als in Spanien (gut 8100) oder Frankreich (rund 8700).¹⁰ Nachdem im Sommer 2020 die Inzidenzwerte deutlich zurückgegangen waren, wurde Italien ab September von einer zweiten Welle erfasst. Im November erreichten die Sterbezahlen neue Höchststände. Obwohl die Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte einen zweiten Lockdown vermeiden wollte, musste sie im Oktober und November 2020 erneut Einschränkungen anordnen. Die Regionen wurden nach Infektionsgeschehen in drei Klassen (grün, gelb, rot) mit unterschiedlichen Beschränkungen unterteilt. Die Regierung Conte II versuchte mit verschiedenen Maßnahmenpaketen, die Pandemiefolgen abzumildern, etwa durch die Ausweitung des Kurzarbeitergelds und die Verlängerung des Kündigungsverbots. Durch kleinteilige und teilweise auf Partikularinteressen zugeschnittene Maßnahmen gerieten notwendige übergeordnete Prioritätensetzungen bisweilen jedoch aus dem Blick, etwa die nachhaltige Stärkung des Gesundheitssystems. Im Frühjahr 2021 folgten unter der Regierung des neuen Ministerpräsidenten Mario Draghi weitere Dekrete, die unter anderem Unternehmensbeihilfen, Notfalleinkommen für Familien und Anreize zur Beschäftigungsförderung enthielten. Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen wird die wirtschaftliche und soziale Erholung Italiens maßgeblich vom Erfolg der mittel- und langfristigen Wiederaufbaupläne abhängen.

Der EU-Wiederaufbauplan und die neue Regierung Draghi

Im Sommer 2020 beschlossen die EU-Mitgliedstaaten, zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie einen gemeinsamen Wiederaufbaufonds aufzulegen, finanziert durch die Ausgabe europäischer Schuldtitel seitens der Europäischen Kommission. Mit 191,5 Mrd. Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), 11,34 Mrd. aus der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) und weiteren Milliarden aus den übrigen Programmen wird Italien in absoluten Zahlen der größte Empfänger der europäischen Finanzhilfen sein (68,9 Mrd. als Zuschuss und 122,6 Mrd. durch Kredite). In Italien wurde dies sofort unisono als einmalige Chance für einen nachhaltigen, grundlegenden Transformationsprozess des sozioökonomischen und staatlichen Systems erkannt. Zugleich wurde der allgemein sehr kritische Blick auf die EU damit zum Positiven beeinflusst. Über den geeigneten Einsatz der EU-Pandemie-Hilfen wie auch die Nutzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus gab es jedoch innerhalb der Regierungskoalition alsbald politischen Streit. Dieser führte nach zähem Ringen zwischen dem (in der Bevölkerung sehr beliebten) Ministerpräsidenten Conte auf der einen und Matteo Renzi (Chef der liberalen Partei Italia Viva und Vor-Vorgänger Contes) auf der anderen Seite schließlich am 26. Januar 2021 aufgrund fehlender stabiler Mehrheiten zum Rücktritt des

8 Eurostat: EMU convergence criterion series – annual data [irt_lt_mcby_a]/monthly data [irt_lt_mcby_m]/daily data [irt_lt_mcby_d].

9 Paola Caruso: Coronavirus in Italia, il bollettino di oggi 30 giugno, in: Corriere della Sera, 30.6.2021.

10 Johns Hopkins University Coronavirus Resource Center: COVID-19 Dashboard.

Kabinetts Conte II. Angesichts der Pandemie rief dies Unverständnis und Besorgnis in den Hauptstädten vieler EU-Mitgliedstaaten hervor. Staatspräsident Sergio Mattarella lehnte die von den Oppositionsparteien heftig eingeforderten Neuwahlen ab und ernannte schließlich den ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, zum neuen Ministerpräsidenten. Jener brachte das politische Kunststück fertig, zahlreiche Parteien aus bisheriger Regierung und Opposition, einschließlich der Lega, in einem äußerst breiten und heterogenen Bündnis zu vereinen; einzig größere Oppositionspartei im Parlament blieben die rechtsnationalistischen Fratelli d'Italia (FdI). Draghi vermochte es, die ungleichen Partner auf ein gemeinsames Regierungsprogramm, in dessen Mittelpunkt die Implementierung von NGEU steht, zu verpflichten. Ein Drittel der Ministerien, darunter die Schlüsselressorts Wirtschaft und Finanzen, Justiz, Inneres, ökologische Transformation, Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, wurden mit parteilosen Fachleuten seines Vertrauens besetzt.

Der Nationale Aufbau- und Resilienzplan: NextGenerationItalia

Unter hohem Zeitdruck beschloss die neue Regierung den „Nationalen Aufbau- und Resilienzplan“ (PNRR) ohne nennenswerte öffentliche politische Diskussion im Top-down-Verfahren. Die Europäische Kommission billigte den Plan am 22. Juni 2021, wobei Italien, anders als etwa Frankreich und Deutschland, auch die von der ARF vorgesehenen Darlehen in Anspruch nimmt. Ergänzt werden die EU-Gelder durch nationale Haushaltsmittel, sodass sich die Investitionen auf etwa 248 Mrd. Euro summieren. Die Schwerpunkte der Mittelverwendung liegen entlang der europäischen Vorgaben auf Klimaschutz (in den entsprechend der EU-Bestimmungen 37 Prozent der Gelder fließen) und Digitalisierung (25 Prozent).¹¹ Für Bildung, Kinderbetreuung, Frauen, Jugend sowie aktive Arbeitsmarktpolitik sind insgesamt 26 Mrd. Euro vorgesehen, unter anderem sollen damit die niedrige Erwerbsquote von Frauen (53,8 Prozent; EU-Durchschnitt: 67,3 Prozent) und die sehr niedrige Geburtenrate erhöht werden. Zu den jugendpolitischen Zielen gehört auch die Stärkung des dualen Bildungssystems, um den enorm hohen Anteil an NEET (Not in Education, Employment or Training) im Alter zwischen 15 und 29 Jahren zu reduzieren.¹² Bemerkenswert ist, dass Italien prozentual mehr als viele andere Mitgliedstaaten für den Bildungssektor und die ökologische Transformation ausgeben will. Zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und des Justizsystems sind 3,7 Mrd. Euro eingeplant. Für Verbesserungen im Gesundheitssektor, der jahrzehntelang folgeschwer kaputtgespart wurde¹³, werden 15,6 Mrd. Euro bereitgestellt.¹⁴ Die Regierung Conte II hatte hier deutlich weniger Mittel vorgesehen, was ihr massive Kritik eingetragen hatte. Um die regionalen Disparitäten zu verringern, fließen 40 Prozent der NGEU-Mittel nach Süditalien. Nach dem Best-Case-Szenario soll dessen Anteil am BIP von 22 (2019) auf 23,4 Prozent (2026) steigen.¹⁵ Die Regierung Draghi nimmt sich mithin auch des lange vernachlässigten Themas der „inneren Einheit“ an. EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni lobte den PNRR Italiens, da überfällige Reformen und Investitionen, welche die

11 Regierung Italiens: Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza (PNRR), abrufbar unter: <https://www.governo.it/sites/governo.it/files/PNRR.pdf> (letzter Zugriff: 22.7.2021).

12 Regierung Italiens: PNRR, 2021, S. 2.

13 Franz Prante et al.: Austerität, das italienische Gesundheitssystem und die Corona-Krise, WISO Diskurs 03/2021.

14 Europäische Kommission: Valutazione dei Piani di Ripresa e Resilienza: Italia, Brüssel, Juni 2021.

15 Regierung Italiens: PNRR, 2021, S. 262.

wirtschaftliche Entwicklung dort lange gehemmt hätten, nun realisiert würden.¹⁶ Tatsächlich ist das italienische BIP seit 1999 lediglich um 7,9 Prozent gewachsen (Deutschland: 30,2 Prozent, Frankreich: 32,4 Prozent, Spanien: 43,6 Prozent).¹⁷

Der PNRR setzt insgesamt stark auf Unternehmensanreize und die Förderung der Marktkräfte durch mehr Wettbewerb. Italien möchte sich insbesondere beim European Green Deal an die Spitze setzen, was angesichts der klimatischen, geografischen und topografischen Vulnerabilität, mit wiederkehrenden Überschwemmungen, Erdbeben, Hitzewellen und Dürren, zwingend erscheint. Die bereits eingeläutete Energiewende ist der wichtigste Teil des Aufbauplans, neben dem massiven Ausbau der sonstigen Infrastruktur. Um an das „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 60er Jahre anzuknüpfen, sollen die öffentlichen Investitionen und strukturellen Reformen für einen deutlichen Schub an privaten Investitionen sorgen. Zudem ist eine Reihe von Großprojekten geplant, insbesondere der Ausbau des Schienenverkehrs mit der Erschließung Süditaliens durch Hochgeschwindigkeitsverbindungen sowie Trassen quer über den Apennin. Der Güterverkehr soll auf die Schiene verlagert und der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden.

Offen ist, ob tatsächlich ein nachhaltiger Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen wird, der die systemischen Ursachen für die anhaltenden Probleme der italienischen Wirtschaft und Gesellschaft beseitigt oder nicht nur Modernisierungslücken geschlossen werden, wie Kritiker befürchten. So fehle bis dato etwa ein industriepolitisches Konzept im Einklang mit der ökologischen und digitalen Transformation. Tatsächlich bleiben auch die steuerpolitischen Pläne der Regierung Draghi bislang vage, ebenso wie ihre Pläne für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Eine weitere Leerstelle ist das komplizierte Verhältnis zwischen Zentralstaat, Regionen und Kommunen, was umso schwerer wiegt, als ein großer Teil der Investitionen von den dezentralen Gebietskörperschaften getätigt wird.¹⁸ Die Bedeutung der Hilfen aus der ARF nicht nur für Italien, sondern für alle Staaten des mediterranen Wohlfahrtsstaatsmodells (mehr als 25 Prozent aller öffentlichen Investitionen 2021–2026 gegenüber 2,5 Prozent in den nordeuropäischen Ländern) ist enorm und ermöglicht erstmals wieder mittel- und langfristige Politik.¹⁹ Italien erwartet infolge des PNRR 2021 ein zusätzliches Wachstum von 0,7 Prozent, 2 Prozent 2022, 3 Prozent 2023 und 3,1 Prozent pro Jahr im Zeitraum 2024–2026.²⁰

Italiens neue Rolle in Europa und die deutsch-italienischen Beziehungen

Von NGEU und der Regierung Draghi dürfte auch das angeschlagene deutsch-italienische Verhältnis profitieren.²¹ Bereits im September 2020 hatten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und sein italienischer Amtskollege Sergio Mattarella die Bedeutung der bilateralen Zusammenarbeit unterstrichen. Mattarella würdigte Deutschlands Rolle bei der Schaffung des europäischen Wiederaufbaufonds gegen den Widerstand der „Frugal Four“. Dennoch dürfte der deutsche Wunsch nach einer baldigen Rückkehr zu den pandemiebedingt ausgesetzten haushaltspolitischen Regeln der Eurozone bald zu einer Belastungs-

16 Europäische Kommission: Pressemitteilung, NextGenerationEU: Europäische Kommission billigt Aufbau- und Resilienzplan Italiens im Umfang von 191,5 Mrd. EUR, 22.6.2021, IP/21/3126.

17 Regierung Italiens: PNRR, 2021, S. 2.

18 Gianfranco Viesti: Anmerkungen zum italienischen Aufbau- und Resilienzplan, FES Briefing, Rom, Mai 2021.

19 Arne Heise: Die Aufbau- und Resilienzfähigkeit und Covid-19 oder: Wie die EU aus Fehlern lernt, ZÖSS Discussion Papers, Hamburg, April 2021, S. 8.

20 Regierung Italiens: PNRR, 2021, S. 251 ff.

21 Alexander Grasse: Wider die deutsch-italienische Sklerose – ein Plädoyer, in: Vigoni Papers 1/2021.

probe werden. Italien könnte eine Diskussion anstoßen, fiskalpolitische Verantwortung zukünftig anders abzubilden als durch die schlichte Relation von Schulden zum BIP.

Italiens Bedeutung in der EU dürfte in den nächsten Jahren weiter wachsen. So wird der Erfolg oder Misserfolg Italiens bei der Umsetzung des Wiederaufbauplans aufgrund seiner ökonomischen Relevanz und der Höhe der Mittel maßgeblich über das Schicksal von NGEU entscheiden. Allein deshalb hat die EU großes Interesse an einem Gelingen des Unterfangens in Italien und wird es unterstützen müssen. Die Voraussetzungen dafür sind gut, da Draghi großes Vertrauen genießt und die expansive Geldpolitik der EZB erstmals auch von einer expansiven Fiskalpolitik begleitet wird. Draghi will für sein Land nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen politischen, sozialen und moralischen Neuanfang. Italien dürfte nach dem Brexit auch deshalb politisch in eine Führungsrolle hineinwachsen, weil sich Deutschland nach der Bundestagswahl im September 2021 politisch neu sortieren muss und Frankreich im April 2022 vor heiklen Präsidentschaftswahlen steht. Italiens Stimme ist nicht nur hörbar – das war sie auch während der Regierungen Conte I & II –, sie hat auch wieder Gewicht. Die Wahrnehmung des Landes hat sich mit Draghi, der als Ministerpräsident einen Großteil der Außenpolitik an sich gezogen hat, schlagartig verändert. Italien ist politisch zurück auf Augenhöhe mit Deutschland und Frankreich. Draghi geht nicht nur verbal auf Distanz zu China, sondern stellt das von der Vorgängerregierung gezeigte Engagement für die „Neue Seidenstraße“ infrage und verhindert die Übernahme italienischer Unternehmen. Auch stellte er sich als erster Regierungschef in der EU dem Pharmaunternehmen Astra-Zeneca entgegen, um den Export von Impfdosen zu verhindern, und kritisierte das „Sofagate“ wie kaum ein anderer.²²

Entwicklung des Parteiensystems und der politischen Stimmung

Die Regionalwahlen im September 2020 und aktuelle Umfragewerte bestätigen den anhaltenden politischen Trend nach rechts. Innerhalb der Rechten gab es dabei beträchtliche Verschiebungen: So belegte die Lega in Umfragen Ende Juni 2021 mit 20,3 Prozent nur noch den zweiten Platz hinter den FdI, die auf 20,7 Prozent kamen. Die Zustimmungswerte des sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) sanken im Vergleich zu Ende Juni 2020 leicht auf 18,8 Prozent. Der MoVimento 5 Stelle (M5S) verharrte weitgehend unverändert bei 16 Prozent, nachdem er bei den Parlamentswahlen 2018 noch rund 33 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Silvio Berlusconi's Forza Italia (FI) verbesserte sich leicht auf 7 Prozent, während die 2019 vom ehemaligen Ministerpräsidenten Renzi gegründete Italia Viva mit 2,1 Prozent weiterhin Splitterpartei bleibt.²³ Dabei kam es innerhalb der drei größten Parteien zu weitaus größeren Umbrüchen, als die relativ begrenzten Veränderungen der Umfragewerte vermuten lassen. Die Ernennung Draghis zum Ministerpräsidenten hat auch die Parteienlandschaft auf vielfältige Weise verändert, mit teilweise bemerkenswerten Volten: So gab etwa die Lega ihren fundamentaloppositionellen Kurs gegen die EU im Zuge der durch NGEU geänderten Rahmenbedingungen und ihrer Regierungsbeteiligung auf – zumindest vordergründig und vorläufig. Hintergrund sind die starken unternehmerischen Kräfte, welche die Lega im Norden Italiens tragen und

22 Oliver Meiler: Mario Draghi bietet eine Wette an – und Brüssel schlägt ein, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2021; Matthias Rüb: Italiens Wiederaufbauplan: Draghi weckt Zukunftslust, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.4.2021.

23 Gianni Balduzzi: Sondaggi elettorali SWG, su di un punto il PD, i suoi elettori approvano l'alleanza con il M5S, in: *Termometro Politico*, 17.7.2020; Gianni Balduzzi: Sondaggi elettorali SWG, Fratelli d'Italia ora è prima, con il 20,7%, in: *Termometro Politico*, 30.6.2021.

seit langem auf einen EU-freundlicheren Kurs drängen. Der M5S agiert ebenfalls weniger populistisch und entwickelt sich nach der Beteiligung an der mittlerweile dritten Regierungskoalition zu einer „Systempartei“. Ursprüngliche politische Grundüberzeugungen blieben dabei auf der Strecke. War schon das Bündnis mit dem verhassten PD in der Regierung Conte II schwer zu vermitteln gewesen, stellte die Unterstützung Draghis, für viele M5S-Anhänger die Personifizierung des Finanzkapitalismus, die Bewegung vor eine weitere Zerreißprobe, inklusive zahlreicher Ausschlüsse und Austritte aus Partei und Fraktion. Ex-Ministerpräsident Conte soll die zwischenzeitlich führungslos wirkende Partei nun konsolidieren und ihr eine neue Identität verleihen, was allerdings zu Kompetenzstreitigkeiten mit dem Spiritus Rector der Bewegung, Beppe Grillo, geführt hat. Von innerparteilichem Zwist wurde auch der PD erschüttert. Im März 2021 gab Nicola Zingaretti sein Amt als Parteivorsitzender bereits nach weniger als zwei Jahren aufgrund Postengeschachers resigniert wieder ab. Auf seinen Vorschlag übernahm der stärker in der Parteimitte verortete Enrico Letta die Führung – jener Letta, der 2014 noch von Matteo Renzi im Handstreich aus dem Amt des Ministerpräsidenten gedrängt worden war. Das Verhältnis zwischen PD und M5S ist unter Letta weiterhin ungeklärt, ebenso wie die Beziehungen des PD zu seinen liberalen Abspaltungen Azione und Italia Viva. Zingaretti hatte eine strategische Union mit diesen Gruppierungen, den Kleinparteien links der Mitte und dem M5S angestrebt, um dem Block auf der politischen Rechten aus Lega, FdI und FI bei kommenden Wahlen etwas entgegenzusetzen zu können.

Ausblick

Draghis sachlicher, nüchterner sowie zielstrebigter Regierungsstil ist bislang erfolgreich. Fraglich bleibt, wie lange der „Draghi-Effekt“ und der Burgfrieden zwischen den Parteien anhalten wird. Eine große Herausforderung auf dem Weg bis zum regulären Ende der Legislaturperiode 2023 stellt die Anfang 2022 anstehende Wahl des Staatspräsidenten dar. Noch ungleich schwieriger wird die Umsetzung des Wiederaufbauprogramms sein, eine angesichts des fluiden Parteiensystems sowie auf Konsens angelegten politischen Systems Italiens mit zahlreichen einflussreichen korporativen Akteuren und einer beharrlichen Verwaltung geradezu herkulische Aufgabe. Alle Hoffnung in die Person Draghis und sein engeres Team an Fachleuten zu legen, ist deshalb heikel. Die immensen Erwartungen erzeugen zudem eine entsprechende Fallhöhe. Zurzeit überwiegt der Optimismus: In einer Umfrage vom April 2021 setzten 48,4 Prozent ihre Hoffnungen in den von der Regierung entwickelten Aufbauplan, 34,9 Prozent hatten kein Vertrauen in das Projekt. Die 100-Tage-Bilanz der Regierung Draghi fiel mit 51 Prozent in der Bevölkerung knapp positiv aus. 53,8 Prozent erklärten zudem ihr Vertrauen in die Person des Ministerpräsidenten, 46,6 Prozent dagegen taten dies nicht.²⁴ Die nächsten Monate werden entscheidend sein. Bei entsprechendem Output wird sich die Legitimation der Regierung erhöhen. Andernfalls könnten die Europakritiker und rechtspopulistischen Kräfte wieder Auftrieb erhalten, denn Italien ist innen- wie europapolitisch weiterhin gespalten.

Weiterführende Literatur

Rolf van Dick et al. (Hrsg.): Goethe-Vigoni Discorsi. Riflessioni italo-tedesche al tempo del Coronavirus/Ein deutsch-italienisches Tagebuch der COVID-Krise, Loveno di Menaggio 2021.

24 Andrea Turco: Sondaggi Euromedia: 52,5% italiani guarda al futuro con preoccupazione, in: Termometro Politico, 6.5.2021; Andrea Turco: Sondaggi TP: un italiano su due non vuole Draghi al Quirinale, in: Termometro Politico, 28.5.2021.